

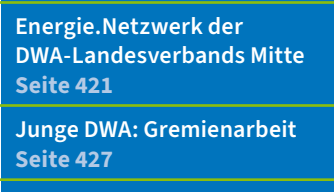
KORRESPONDENZ WASSERWIRTSCHAFT

8|26

WASSER · BODEN · NATUR



**Extremwetter –
Umfrage der DWA
Seite 418**



**Energie-Netzwerk der
DWA-Landesverbands Mitte
Seite 421**

**Junge DWA: Gremienarbeit
Seite 427**



**Landschaftswasserhaushalt:
Vernetzung
Seite 428**

**Wiesenbewässerung:
Klimaanpassung
Seite 436**

**Wasserhaushalt und
Schöpfwerksbetrieb
Seite 443**



**Norddeutsches Tiefland:
Wasserbewirtschaftung
Seite 451**



**Wiesenbewässerung:
Wasserhaushalt
Seite 457**

Lesen Sie im Heft:

DWA-Umfrage zum Jahrestag des Ahr-Hochwassers



**Sehr
stark**

4,5 %

**stark
20 %**

Eher stark 15,5 %

Gar nicht

42,6 %

**schwach
75,8 %**

Weniger stark

33,2 %

**Weiß
nicht**

4,2 %

Civey

Mission Aqua – Löse den Wasserfall



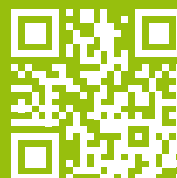
Tauche ein in die interaktive Ausstellung um Wasser!

Wie prägt Wasser deinen Alltag? Wie kannst du Wasser klug nutzen und schützen?
Verbinde Wissen, Spaß und Aha-Momente!

Ausstellungseröffnung am 15. April 2026

DBU-Zentrum für Umweltkommunikation
An der Bornau 2 | 49090 Osnabrück

- Kostenfreier Eintritt
- Unterhaltsames Begleitprogramm
- Für Kinder ab der 5. Klasse und alle, die neugierig sind



www.missionaqua.org



[dbu.ausstellung](https://www.instagram.com/dbu.ausstellung)

Extremwetterereignisse – Landschaftswasserhaushalt und Siedlungswasserwirtschaft gemeinsam gefragt

„Der Juli ist nach aktuellem Stand deutlich wärmer als das Klimamittel. ... Der Wert der international gültigen Referenzperiode 1961 bis 1990 ... wird damit derzeit um 3,2 Grad überschritten.“ So fasste der Deutsche Wetterdienst am 19. Juli 2026 zusammen, was die Menschen subjektiv schon empfunden hatten und worunter etliche auch litten. Das Statistische Bundesamt verzeichnete für die letzte Juniwoche, dass die Sterbefallzahlen zeitgleich mit einer „historischen Hitzewelle“ um 32 % über dem mittleren Wert der vier Vorjahre lagen: In dieser Woche gab es in Deutschland etwa 7100 Sterbefälle mehr als zwei Wochen zuvor. Speziell in dicht besiedelten Gebieten – großen Städten, Innenstädten – ist zu große Wärme ein Problem. *Holger Hoppe* et al. stellen hierzu in einem Beitrag in *KA* 8/2026 klar fest: „Das maßgebliche Ziel des Regenwassermanagements in urbanen Räumen ist die Entwicklung von Maßnahmen gegen die Auswirkungen zunehmender klimainduzierter Hitze- und Trockenperioden sowie intensiver Starkregenereignisse.“ Als eine Maßnahme schlagen die Autoren den Einsatz von Baumrigolen vor, zu deren Bemessung sie jetzt Ansätze vorlegen.

Passend zum Wetter im Juni und Juli veröffentlicht die DWA in diesem Heft die Ergebnisse einer Umfrage zu Extremwetterereignissen, die sie in Auftrag gegeben hatte. Die Mehrheit der Deutschen erwartet danach eine Zunahme an solchen Ereignissen. Allerdings sehen sie weder sich selbst noch ihren Wohnort betroffen. Eigenvorsorge sei daher nicht notwendig. Die Umfrage zeigt also vor allem eins: Es besteht ein erheblicher Kommunikations- und Informationsbedarf.

Ein weitgreifender Ansatz, dem Klimawandel zu begegnen, ist der Einsatz für einen intakten Landschaftswasserhaushalt. Landschaftswasserhaushalt ist der thematische Schwerpunkt der *KW* im August-Heft. Hier gilt es angesichts der Komplexität des Themas, die institutionelle Vernetzung von Wissen, Akteuren und Maßnahmen zu stärken. Bemerkenswert ist der Nutzen der alten Kulturtechnik „Wiesenbewässerung“, der zwei Beiträge, beide in *KW* 8, gewidmet sind. Es sei daran erinnert, dass DWA-Mitglieder beide Zeitschriften der DWA, *KA Korrespondenz Abwasser, Abfall* und *KW Korrespondenz Wasserwirtschaft*, online lesen können, unabhängig

davon, welche sie gedruckt beziehen und in welchem Teilgebiet sie bevorzugt tätig sind.

Von anderer Seite, der rechtlichen, nähert sich der DWA-Fachausschuss RE-3 dem Thema Klimawandel und Wasserwirtschaft. Ausgangspunkt: „Dürreperioden und langanhaltendes Niedrigwasser gehören zu den sichtbarsten Folgen des Klimawandels in Mitteleuropa.“ Ziel eines Arbeitsberichts des DWA-Fachausschusses RE-3 ist es, die fachlichen Grundlagen kurz darzustellen und die rechtliche Situation einzuordnen. Dieser Arbeitsbericht „Dürre und Niedrigwasser“ ist sehr detailliert und folglich umfangreich, sodass er in der *KA* in zwei Teilen erscheint (Hefte 8 und 9), während er in der *KW* (Heft 9) in einem Stück veröffentlicht wird.

Dem Fachausschuss unter der Obmannschaft von Prof. Dr. *Till Elgeti* sei an dieser Stelle stellvertretend für die gesamte Wasserwirtschaft, die Leserschaft der Zeitschriften *KA* und *KW*, für ihren großen Einsatz gedankt. Ohne solchen ehrenamtlichen Einsatz für die Branche, für die Allgemeinheit, würde vieles schlechter laufen. Die Fachgremien der DWA sind übrigens offen für neue, junge Mitglieder, die mitarbeiten und sich einbringen wollen. Zum Thema „Gremienarbeit“ hat die Junge DWA im April einen thematischen Stammtisch durchgeführt, über den im vorliegenden Heft berichtet wird. Das Fazit des Stammtisches: „Gremienarbeit ermöglicht nicht nur fachliche Weiterentwicklung, sondern lebt von persönlichem Austausch und dem Engagement der Beteiligten. Also: einfach einmal reinschnuppern, Kontakte knüpfen und die Möglichkeiten der Mitarbeit kennenlernen.“

Um ein anderes Thema, das die DWA bewegt, scheint es derzeit ruhiger zu sein: die EU-Kommunalabwasserrichtlinie, aber das dürfte täuschen. Hinter den Kulissen werden die Vorbereitungen zu noch ausstehenden Gerichtsverfahren und zu weiteren Diskussionen auf politischer Ebene laufen. So fordern die Abgeordneten des Europäischen Parlaments die EU-Kommission auf, bis Ende 2026 eine neue Folgenabschätzung für die Kommunalabwasserrichtlinie vorzulegen, im Rahmen derer die im kommunalen Abwasser enthaltenen Stoffe benannt werden sollen. Die Kosten einer weiteren Reinigungsstufe der Abwasserbehandlung sollen überprüft und die



Verantwortung den jeweiligen Sektoren zugeordnet sowie die potenziellen Auswirkungen auf die Verfügbarkeit, Bezahlbarkeit und Zugänglichkeit von Arzneimitteln ermittelt werden. Hier ist es also alles andere als ruhig und der Ausgang nicht sicher.

Beim aktuellen Geschehen, wie es sich in den kurzen Meldungen der Rubrik „Spektrum“ zu Beginn des Heftes widerspiegelt, sei neben den diversen Aktivitäten zum Thema Cyber-Sicherheit noch einmal auf die Schritte von Bund und Ländern zum Bürokratieabbau aufmerksam gemacht. Dass Bürokratieabbau nicht gleichgesetzt werden darf mit „Regeln abschaffen“, hat DWA-Vorständin *Lisa Irwin-Broß* an dieser Stelle und in einem weiterführenden Standpunkt in der Juli-Ausgabe deutlich gemacht. Wie nötig diese Ausführungen sind, zeigt sich im 2. Hessischen Bürokratieabbaugesetz, das am 25. Juni 2026 vorgelegt wurde. Darin werden nicht nur pauschal Regelwerke oder der Stand der Technik oder die allgemein anerkannten Regeln der Technik erwähnt, sondern ausdrücklich auch die Abwasserentsorgung, die Kanalinspektion. Zu deren Notwendigkeit, zur Notwendigkeit, das unterirdische Infrastrukturvermögen von Staat und Kommunen zu erhalten, haben die DWA und Fachleute unter eigenem Namen sich auf unterschiedliche Weise immer wieder geäußert. Hier gilt es, wachsam zu sein.

Frank Bringewski

Frank Bringewski

Inhalt

8 | 26

Beide
Verbandszeitschriften
– KA und KW –
auch online lesen:
<https://www.dwahub.de>



Editorial

Extremwetterereignisse – Landschaftswasserhalt
und Siedlungswasserwirtschaft gemeinsam gefragt 409

Frank Bringewski

Berichte

Extremwetter: Problembewusstsein und Vorsorgelücke
Starkregen und Hitze durch Klimawandel,
aber kein Risiko am eigenen Wohnort? 418

Stefan Bröker

Bauplanerische Erleichterungen für Maßnahmen zur
Energiegewinnung auf Anlagen der Wasserwirtschaft
Ein wichtiger Schritt
auf dem Weg zur Energieneutralität 421

Sedimente und Gewässerökologie –
zwischen Lebensraum und Belastung
11. Gewässer-Dialog in Siegburg 424

Katja Babuszak (Siegburg)

Junge DWA

Thematischer Stammtisch zur Gremienarbeit 427

Gewässer und Boden

Landschaftswasserhaushalt
gemeinsam denken und gestalten
Ansätze zur stärkeren institutionellen Vernetzung
von Wissen, Akteuren und Maßnahmen 428

*Andreas Gorbauch (Augsburg), Thomas Corbeck (München),
Jan Job (Ansbach), Florian Ebertseder, Dimitrios Bassukas,
Lothar Zimmermann (Freising), Simon P. Seibert (Augsburg),
Norbert Bäuml (München)*

Klimaanpassung durch die
traditionelle Wiesenbewässerung 436

Thomas Köhler (Ansbach)

Modellierung des Wasserrückhalts mit SWAT+
und integrierte Wirkungsanalyse für ein
Binneneinzugsgebiet mit Schöpfwerksbetrieb 443

*Alexander Strom (Berlin), Caroline Spill, Kai Schubert,
Johanna Krähling, Richard Beisecker (Kassel),
Gregor Steinbrecher (Buckow/Märkische Schweiz)*

Wasserbewirtschaftungskonzepte
im norddeutschen Tiefland 451

Frank Ahlhorn, Clara Hohmann (Brake)

Wasserhaushaltliche Untersuchungen zum Einfluss
der Wiesenbewässerung in Forchheim 457

*Patrick Keilholz, Lisa Schwalbe, Anna Nilges (Nürnberg),
Julia Schrader (Forchheim)*

DWA

DWA intern 465

Regelwerk 466

Landesverbände 469

Newsletter aus der Redaktion der DWA-Zeitschriften

Im Umfeld der Wasserwirtschaft passiert mehr, als in den DWA-Zeitschriften KA und KW gedruckt werden kann. Aktuelle Nachrichten, vor Erscheinen der Zeitschriften, bekommt man auf der Website www.gfa-news.de, die von der Redaktion betreut wird. Dort kann man auch einen E-Mail-Newsletter abonnieren, der in der Regel alle zwei Wochen montags verschickt wird.

Beiträge in KA Korrespondenz Abwasser, Abfall 8/2026

H. Grüning, N. Beine, N. Siering: Ansätze zur Bemessung von Baumrigolen

*M. Löffler, S. Rischmüller, M. Wenzel, B. Sawadski, S. Sander, P. Brackmann, M. Gruner, M. Oldenburg, V. Pick, N. Altensell,
H. Hoppe, M. Huber-Gedert, C. Marx: Entfernung von AFS63 und Reifenabrieb in Niederschlagswasserbehandlungsanlagen
mittels in situ-Mikroflotation*

*Arbeitsbericht der DWA-Arbeitsgruppe KEK-1.6 „Statistik Klärschlamm“: Klärschlamm in Deutschland – statistische
Betrachtungen (Teil 2)*

Arbeitsbericht des DWA-Fachausschusses RE-3 „Vollzugsfragen des Wasserrechts“: Dürre und Niedrigwasser

Rubriken

Spektrum	412
Impressum	430
Personalien	470
Ingenieurbüros	471

Seite 418

Die Mehrheit der Deutschen erwartet eine Zunahme an Extremwetterereignissen. Allerdings sehen sie weder sich selbst noch ihren Wohnort betroffen. Eigenvorsorge ist daher nicht notwendig. Dieses Ergebnis einer vom Meinungsforschungsinstitut Civey im Auftrag der DWA durchgeführten Umfrage zeigt vor allem eins: Es besteht ein erheblicher Kommunikations- und Informationsbedarf.



Foto: SGD Nord

Seite 428

Da niemand die Herausforderungen des Klima- und Landschaftswandels allein bewältigen und jeder für sich nur einen kleinen Teil des Landschaftswasserhaushalts beeinflussen kann, sind zahlreiche Akteure gefordert, um mit Maßnahmen positiven Einfluss zu nehmen. Mit besonderem Blick auf den ländlichen Raum hat sich aus diesem Grund in Bayern 2021 eine ressortübergreifende Facharbeitsgruppe Landschaftswasserhaushalt gebildet.



KW 9/2026

Anzeigenschluss: 11. August 2026

Erscheinungstermin: 2. September 2026

KW 10/2026

Anzeigenschluss: 15. September 2026

Erscheinungstermin: 7. Oktober 2026



Abonnieren Sie den monatlichen Themenplan kostenlos auf www.dwa.info/ThemenKW

Seite 436

Die traditionelle Wiesenbewässerung wird in verschiedenen Teilen Deutschlands in unterschiedlichen Ausprägungen praktiziert. In jüngster Vergangenheit wurden vermehrt in unterschiedlichen Projekten alte Grabenstrukturen zur Bewässerung reaktiviert, und das obwohl der gegenwärtige Rechtsrahmen solche Vorhaben zum Teil erschwert.



Seite 443

Das Schöpfwerk Zitrone entwässert über den Zitronensee ein Binneneinzugsgebiet im brandenburgischen Naturpark „Märkische Schweiz“. Zur Erhöhung des Wasserrückhalts wurde eine potenzielle Abschaltung des Schöpfwerks betrachtet. Um die Auswirkungen auf den Wasserhaushalt des Binneneinzugsgebietes Zitrone zu quantifizieren, wurde eine Wasserhaushaltsmodellierung in SWAT+ durchgeführt.



Foto: Seeland Oder-Spree/Florian Läufer

Seite 451

Im norddeutschen Tiefland sind besondere wasserwirtschaftliche Konzepte aufgrund der historischen Entwicklung im Zusammenspiel zwischen Sturmflutschutz, Entwässerung und Binnenhochwasserschutz entstanden. In diesem Artikel werden die bisherigen wasserwirtschaftlichen Konzepte im norddeutschen Tiefland kurz umrissen und auf mögliche Ansätze für eine zukunftsgerichtete Zusammenarbeit zwischen den wasserwirtschaftlichen Akteuren hingewiesen.



Seite 457

Die traditionelle Wiesenbewässerung wird seit dem Mittelalter zur landwirtschaftlichen Ertragssteigerung genutzt. Am Beispiel der noch heute aktiv betriebenen Wiesenbewässerung in Forchheim wurde der Einfluss der Wässerung auf den lokalen Wasserhaushalt untersucht.



EU-Kommission stellt Aktionsplan zu Cybersicherheit und künstlicher Intelligenz vor

Die EU-Kommission hat einen Aktionsplan vorgelegt, der den Risiken künstlicher Intelligenz (KI) begegnen und die Chancen fortschrittlicher KI-Modelle für die Cybersicherheit nutzen soll. KI kann missbraucht werden, um Schwachstellen zu identifizieren, Angriffe zu automatisieren und das Ausmaß sowie die Geschwindigkeit von Cybervorfällen in beispiellosem Tempo zu erhöhen. Der Aktionsplan baut auf dem Rechtsrahmen der EU für KI und Cybersicherheit auf. Er soll Mitgliedstaaten, Industrie und Organisationen auf EU-Ebene zusammenbringen, um die Cybersicherheit der digitalen Landschaft gegen die durch fortschrittliche KI verursachten Schwachstellen zu stärken. Zu den Schwerpunkten des Aktionsplans gehören unter anderem der Zugang und die Bewertung von KI-Modellen, das Testen von KI im Bereich der Cybersicherheit und der Ausbau der europäischen KI-Kapazitäten für den Cyberbereich.

Die Kommission wird mit der Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit (ENISA) zusammenarbeiten, um ein europäisches Konzept für den strukturierten Zugang zu fortgeschrittenen KI-Fähigkeiten für die Cybersicherheit festzulegen. Diese Leitlinien werden einschlägige europäische öffentliche und private Organisationen dabei unterstützen, Zugang zu fortgeschrittenen KI-Modellen zu erhalten. Die ENISA und die Gemeinsame Forschungsstelle der Kommission werden eine sichere Plattform schaffen, um KI auf Cybersicherheit zu testen, auch unter Verwendung simulierter Umgebungen. Dadurch wird den Betreibern in kritischen Sektoren Know-how über die sichere Nutzung von KI vermittelt, so die EU-Kommission.

Aktionsplan für Cybersicherheit und künstliche Intelligenz:

www.gfa-news.de/gfa/webcode/20260707_004

KW

Neue Ansätze für resiliente Kommunikation in Krisenlagen in Entwicklung

Die Agentur für Innovation in der Cybersicherheit GmbH (Cyberagentur, eine In-house-Agentur des Bundes) hat am 9. Juli 2026 gemeinsam mit dem FZI Forschungszentrum Informatik und dem Deutschen

Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) den offiziellen Start der Forschungsphase des Programms MoIn-LAMAS – Mobile Infrastruktur: Lageorientierung für Mobile Autonome Systeme besiegelt. Ziel ist die Entwicklung autonomer robotischer Systeme, die in Krisenlagen selbstständig eine belastbare Kommunikationsinfrastruktur aufbauen und aufrechterhalten können, wo bestehende Infrastrukturen ausgefallen oder nicht vorhanden sind.

Im Mittelpunkt steht die Entwicklung autonomer Systeme, die nicht nur ihre Umgebung erfassen, sondern gleichzeitig die Qualität der Kommunikationsverbindungen bewerten und ihre Positionen entsprechend anpassen. Faktoren wie Funkreichweite, Bandbreite, Störungen oder Geländeprofile werden Bestandteil des digitalen Lagebildes. Auf dieser Grundlage entscheiden die Systeme eigenständig, wie Kommunikationsknoten optimal verteilt oder verlagert werden müssen. Ein weiterer wissenschaftlicher Schwerpunkt liegt auf der Zusammenarbeit unterschiedlicher autonomer Plattformen. Luftgestützte und bodengebundene Systeme bilden gemeinsam einen heterogenen Verbund, der Kommunikationsnetze flexibel aufbauen, erweitern und rekonfigurieren kann.

<https://www.cyberagentur.de/programme/moin-lamas>

KW

Krisenvorsorge – Notstromversorgung: Finanzmittel für Abwasserentsorger verfügbar

Im Rahmen der Umsetzung des Wasserversicherungsgesetzes (WasSiG) stehen finanzielle Mittel zur Stärkung der allgemeinen Resilienz der Wasserwirtschaft gegenüber Katastrophen- und Krisenfällen bereit. Abwasserentsorger können sich insbesondere Notstromversorgungen öffentlich finanzieren lassen – auch wenn diese bereits abgeschlossen sind. Neben der Deckung des Trinkwasserbedarfs sollen auch die Versorgung mit Betriebswasser, die Löschwasserversorgung und die Abwasserentsorgung sichergestellt werden. Die Umsetzung des WasSiG erfolgt im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung. Über jeweils definierte Strukturen in den einzelnen Bundesländern werden die Zuständigkeiten bis zu den Kommunen delegiert. Die Finanzierung läuft über das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). Das BBK finanziert auf Grundlage des WasSiG wasserwirtschaftliche Vorsorgemaßnahmen für den Verteidigungsfall,

die unter anderem einer Stärkung der Resilienz der Betreiber von Anlagen oder der ergänzenden leitungsungebundenen/netzunabhängigen Versorgung beitragen und bereits in Friedenszeiten ihren Nutzen entfalten können. Diese umfassen unter anderem: die Härtung der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, zum Beispiel durch den Ausbau von Notstromversorgung, Verbundleitungen oder sonstigen Redundanzen; die Stärkung der mobilen Versorgung, zum Beispiel durch den Ausbau von Trinkwassertransportkapazitäten und eine Ergänzung von mobilen Trinkwasseraufbereitungsanlagen; die Sanierung und den punktuellen Ausbau von leitungsunabhängigen Trinkwassernotbrunnen. Die Gesamtverteidigungsfähigkeit/Zivilverteidigungsfähigkeit in Deutschland soll bis 2029 erreicht sein. Hierfür sollen zehn Milliarden Euro investiert werden.

Grundlegende Rahmenbedingungen für eine Finanzierung:

www.bbk.bund.de/antrag-wassig

Weitere Informationen:

www.bbk.bund.de/wassig

www.bbk.bund.de/kritis-wasser

KW

Hochwassergefahrenflächen von den Alpen bis zur Nordsee: neuer Rheinatlant veröffentlicht

Die Internationale Kommission zum Schutz des Rheins (IKSR) hat den neuen Rheinatlant veröffentlicht. Er zeigt die hochwassergefährdeten Gebiete entlang des Rheins von den Alpen bis zur Nordsee. Der Rheinatlant wird von allen Anliegerstaaten Schweiz, Liechtenstein, Österreich, Deutschland, Frankreich und Niederlande gemeinsam erarbeitet. Die IKSR gibt ihn in Kooperation mit der deutschen Bundesanstalt für Gewässerkunde seit 2001 heraus – früher in gedruckter Form, heute als Online-Kartendienst.

<https://geoportal.bafg.de/karten/rheinatlant>

KW

Übung im Ahrtal: Zukunftstechnologien für den Katastrophenschutz

Extremer Regen, Pegelstände steigen, Überschwemmungen – innerhalb von kürzester Zeit müssen Menschen gerettet und kritische Infrastrukturen gesichert werden. Wie kann das gelingen, wenn auch Energie-, Kommunikations- und Verkehrssysteme von der Katastrophe betroffen sind?

Wer koordiniert dann die Einsatzkräfte und stellt Lageinformationen bereit? 16 Institute aus dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) haben im Juni 2026 gezeigt, wie neue Technologien die Prozesse im Katastrophenschutz stärken und verbessern können. In Zusammenarbeit mit Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben hat das DLR im Landkreis Ahrweiler (Rheinland-Pfalz) eine Technikübung in einem realistischen Szenario durchgeführt. Der Schwerpunkt liegt auf der Demonstration neuer Technologien, dem Zusammenspiel der Systeme und deren Nutzen für die Einsatzkräfte.

<https://www.dlr.de/de/site/resitek> **KW**

Jahrhunderthochwasser von 1882/1883: Ausstellung dauerhaft online verfügbar

Die Ausstellung des Stadtmuseums Ludwigshafen zum Jahrhunderthochwasser von 1882/1883 am Rhein ist nun dauerhaft in das digitale Kulturlandschaftsinformationssystem KuLaDig (Kultur.Landschaft.Digital) aufgenommen worden. KuLaDig dient der digitalen Erfassung und Sicherung von Kulturlandschaftsobjekten und dem kulturellen Erbe in Rheinland-Pfalz. Die Ausstellung dokumentiert die verheerenden Folgen des Jahrhunderthochwassers von 1882/1883, das insbesondere die Orte Oppau, Edigheim und Friesenheim schwer traf. Ausgelöst durch außergewöhnliche Wetterbedingungen und verschärft durch die Folgen der Rheinbegradigung im 19. Jahrhundert, führte der Dammbruch bei Oppau Ende Dezember 1882 zu großflächigen Überschwemmungen und erheblichen Zerstörungen. Mehr als 4200 Menschen verloren ihr Zuhause, zahlreiche Menschen kamen ums Leben.

www.kuladig.de **KW**

Rhein: Wasserstände können schnell und unbemerkt steigen

Wasserstand und Strömung insbesondere an Rheinabschnitten unterhalb von Wasserkraftwerken und Wehren können sich sehr kurzfristig verändern – auch an zunächst harmlos wirkenden Uferbereichen, Kiesbänken, flachen Randbereichen oder Rheininseln. Davor warnt das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt (WSA) Oberrhein. Der französische Stromerzeuger EDF informiert hierzu im Rahmen seiner Präventionskampagne „Lassen Sie sich vom Wasser nicht überraschen“ über die Risiken

schneller Wasserstandanstiege am Oberrhein. Ein EDF-Warnfilm zeigt einen Wasserablass am Kembs-Stauwehr und nennt einen Wasserstandanstieg von etwa einem Meter in weniger als 30 Minuten.

<https://www.edf.fr/de/lassen-sie-sich-vom-wasser-nicht-ueberraschen>
www.wsa-oberrhein.wsv.de **KW**

56 Anträge innerhalb eines Monats: Zwischenbilanz zum „Einfach-mal-machen-Gesetz“

Das Bayerische Modellregionengesetz zeigt schon kurz nach seinem Inkrafttreten erste Erfolge: Seit dem 16. Mai 2026 wurden bereits 56 Anträge von bayerischen Städten, Gemeinden, Landkreisen und einer Verwaltungsgemeinschaft eingereicht. Das Spektrum reicht dabei von Befreiungen von einzelnen Rechtsnormen bis hin zu umfangreichen Befreiungspaketen. Das teilt die CSU-Fraktion im bayerischen Landtag Mitte Juni 2026 mit. Die Anträge würden nun durch das Innenministerium und die fachlich zuständigen Ressorts geprüft.

www.modellregionen.bayern.de **KW**

Brandenburg: Fortschrittsbericht beim Bürokratieabbau vorgelegt

Im Sonderausschusses Bürokratieabbau des Landtags von Brandenburg hat Umweltministerin Hanka Mittelstädt den Zwischenbericht über die Fortschritte beim Abbau unnötiger, so das Ministerium, bürokratischer Belastungen im Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz vorgelegt. So konnten bereits durch die Aufhebung oder Änderung zahlreicher Verordnungen, Erlasse oder Pflichten zum Teil erhebliche Erleichterungen für Verwaltung, Betriebe, Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger erreicht werden. Zum Beispiel sei die Zulassungspflicht für Anlagen zur Gewässerunterhaltung (Schöpfwerke und Stauanlagen) aufgehoben worden. Außerdem würde kontinuierlich an der Vereinfachung von Förderverfahren und der Abschaffung von Doppelstrukturen bei der Überprüfung von verpflichtenden Nachweisen gearbeitet. Im bisherigen Prozess habe das Ministerium über 150 Maßnahmen und Vorschläge zum Bürokratieabbau überprüft sowie zahlreiche Stellungnahmen aus Fachgesprächen im Sonderausschuss ausgewertet.

Über 20 Maßnahmen betreffen Vereinigungen im Förderverfahren, diese befinden sich in der gemeinsamen Bearbei-

tung mit dem Finanzministerium. Da ein großer Teil der Vorschläge und Maßnahmen nicht auf Landesebene geregelt werden können, setzt sich das Agrar-Umwelt- und Verbraucherschutzressort bei mehr als 80 Maßnahmen für eine Vereinfachung der entsprechenden Vorschriften auf Bundesebene ein. **KW**

Fischsterben in der Oder: Wissenschaftler empfehlen mehr Renaturierung und weniger Salzgehalt

Die Salz- und Nährstoffbelastung der Oder müsste gesenkt werden, Auen revitalisiert und mehr Wasser in der Landschaft zurückgehalten werden, um die Widerstandskraft des Flusses langfristig zu stärken. Das sind Empfehlungen, die Forscherinnen und Forschern als Ergebnisse des „Sonderuntersuchungsprogramms zur Umweltkatastrophe in der Oder“ formuliert haben. Der Ergebnisbericht wurde am 15. Juni 2026 vorgestellt. Die Untersuchungen zeigen unter anderem, dass sich Fisch- und Muschelbestände in der Oder zwar langsam erholen, die vollständige Regeneration jedoch noch mehrere Jahre dauern wird. Unter Federführung des Leibniz-Instituts für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB) wurden die Ursachen der toxischen Algenblüte, die damals zu der Umweltkatastrophe führten, die ökologischen Folgen sowie die Regeneration des Fluss-Auen-Ökosystems in Deutschland untersucht.

In dem Sonderuntersuchungsprogramm wurde außerdem ein satellitenbasiertes Algenmonitoring entwickelt, um toxische Algenentwicklungen in Kombination mit Vor-Ort-Messungen besser voraussagen. Dies dient der Risikoabschätzung und der Frühwarnung. Auch Polen überwacht die Oder engmaschig und informiert die deutsche Seite kontinuierlich.

Download des Abschlussberichts:
<https://doi.org/10.19217/skr777> **KW**

Hessisches Bürokratieabbaugesetz: Abwasseranlagen und Regelwerke genannt

Das hessische Kabinett hat am 25. Juni 2026 das 2. Hessische Bürokratieabbaugesetz (BAG) beschlossen. Darin heißt es unter anderem, der Ausbau der Infrastruktur werde beschleunigt, indem Verfahren gestrafft werden. Erörterungstermine finden im Regelfall nicht mehr statt. Es würden Berichte abgeschafft, die nur formalen

Charakter haben. Kommunen müssen die Abwasserkanäle seltener kontrollieren. Es würde Rückendeckung für Verwaltungsmitarbeiter geben: Wer einen Fehler macht, weil er in seinem Ermessen eine Lösung sucht, muss keine Angst vor disziplinarischen Maßnahmen haben. Verweise auf den „Stand der Technik“ werden gestrichen. Dazu Manfred Pentz, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung: „Dass wir den pauschalen Verweis auf den ‚Stand der Technik‘ streichen, wirkt wie ein Generalschlüssel. Wir befreien Unternehmen, Behörden und Kommunen von wuchernden Regelwerken, setzen auf Maß und Mitte statt auf Goldstandards.“ Bislang verweise die Formulierung „Stand der Technik“ in zahlreichen Gesetzen auf Regeln privater Normungsgremien wie des DIN. Über den gesetzlichen Verweis wirkten diese Normen dann selbst wie Gesetze, obwohl sie nie vom Gesetzgeber beschlossen worden seien. Vor allem Behörden dürfen künftig in Auflagen nicht einfach pauschal auf solche umfangreichen Regelwerke verweisen. Ebenso zur Abwasserbehandlung: Die Regelungen zur Führung des Betriebshandbuchs werden vereinfacht. Erleichterungen gibt es bei der Anerkennung von Laboren und Prüfern. Die Zertifizierung von Fachunternehmen für Kleinkläranlagen wird durch einen Fachkundenachweis ersetzt.

https://staatskanzlei.hessen.de/sites/staatskanzlei.hessen.de/files/2026-06/zweites_bag-die_wichtigsten_eckpunkte.pdf

KW

125 Jahre Urftalsperre: Historisches Bauwerk mit Schlüsselrolle für den Hochwasserschutz

Mit der Grundsteinlegung der Urftalsperre begann vor 125 Jahren der Bau der damals größten Talsperre Europas. Seitdem schützt sie die Region vor Hochwasser, sichert Wasserreserven für Trockenphasen und liefert erneuerbare Energie. Eine besondere Rolle spielte sie auch bei der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021: Im Verbund mit den weiteren Talsperren des Wasserverbandes Eifel-Rur (Nordrhein-Westfalen) kappte sie die Spitze der zufließenden Hochwasserwelle und bewahrte die tieferliegenden Regionen im Rurtal vor noch verheerenderen Folgen. Zwischen 1900 und 1905 errichteten Arbeiter die 58 Meter hohe Gewichtsstaumauer der Urftalsperre nach den Plänen des Aachener

Professors Otto Intze. Die Anlage fasst bei Vollstau rund 45,5 Millionen Kubikmeter Wasser. In Nordrhein-Westfalen gibt es heute mehr als 50 Talsperren.

<https://wver.de/talsperren/die-urftalsperre>

KW

Talsperre Eibenstock vor 40 Jahren eingeweiht

Sachsens größte Trinkwassertalsperre, die Talsperre Eibenstock im Erzgebirge, wurde am 20. Juni 1986 feierlich eingeweiht. In Betrieb ging sie allerdings schon 1982 und versorgt seitdem den Großraum Chemnitz-Zwickau mit Trinkwasser. Die endgültige Fertigstellung der größten Trinkwassertalsperre Sachsens erfolgte dann im Jahr 1987.

Nach dem verheerenden Hochwasser 1954 in Zwickau wurde der Bau der Talsperre Eibenstock als Brauchwassertalsperre und zum Schutz vor Hochwasser geplant. Probleme der Trinkwasserversorgung des Großraums Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und Zwickau führten allerdings dazu, dass 1968 der Bau einer Trinkwassertalsperre bei Eibenstock beschlossen wurde. Noch weit vor der Fertigstellung fand im März 1981 der erste Probestau statt. Ab April 1982 konnte Trinkwasser in das Fernwassernetz eingespeist werden.

Der Stausee hat bei Vollstau eine Wasserfläche von 3,7 Quadratkilometern und ein Fassungsvermögen von mehr als 84 Millionen Kubikmetern. Neben der Trinkwasserversorgung gehören der Hochwasserschutz der Region und bei Trockenheit die Erhöhung des Wasserstands der Mulde zu den Aufgaben der Talsperre Eibenstock.

KW

125 Millionen Euro: Baustart für Deichverlegung in Duisburg

In Duisburg-Mündelheim wird ein zentraler Rheindeich nicht nur saniert, sondern auch um 500 Meter ins Landesinnere verlegt. Dadurch erhält der Fluss mehr Raum und das Projekt schützt die Region zusätzlich durch das Rückhaltevolumen der Aue. Dem Rhein werden so 60 Hektar – eine Fläche von mehr als 80 Fußballfeldern – als natürlicher Retentionsraum zurückgegeben. Das dämpft im Hochwasserfall Abflussspitzen auch für die Unterlieger. Der neue Deich in Mündelheim ist Teil eines 6,7 Kilometer langen Schutzsystems zwischen Düsseldorf-Wittlaer und Duisburg-Ehingen und gehört zum Nationalen Hochwasserschutz-

programm. Gemeinsam mit den bereits bestehenden Retentionsräumen in Monheim und Orsoy entsteht damit ein Retentionsraum von insgesamt 480 Hektar. Umgesetzt wird das Projekt vor Ort von den Wirtschaftsbetrieben Duisburg. Das Vorhaben soll 2031 abgeschlossen werden und ist mit rund 125 Millionen Euro veranschlagt. Daran beteiligen sich die Kommune, das Land und der Bund.

KW

Sachsen: 4,4 Millionen Euro für naturnahe Bewirtschaftung von Teichen

Sachsens Teichwirte erhalten im Frühsommer ihre jährlichen Fördermittel für eine naturnahe Bewirtschaftung. Insgesamt stellt der Freistaat rund 4,4 Millionen Euro aus der Förderrichtlinie Teichwirtschaft und Naturschutz (FRL TWN/2023) für 95 Betriebe und Naturschutzverbände bereit. Die Förderung gleicht den zusätzlichen Aufwand aus, der beim Erhalt der historischen Teichlandschaft und bei wichtigen Naturschutzleistungen entsteht. Insgesamt werden nach Angaben des Landesumweltministeriums 8187 Hektar Teichfläche unterstützt. Die Förderung soll sicherstellen, dass Teichwirte wirtschaftlich arbeiten können und zugleich ökologische Standards einhalten. Dazu gehören ein angepasster Fischbesatz, die Pflege der Teichbodenvegetation, eine schonende Düngung sowie der Verzicht auf gewerbliche Freizeitnutzung wie Bootsverleih oder Angeln. Auch die ökologische Karpfenproduktion wird unterstützt – auf insgesamt 495 Hektar Teichfläche.

KW

Neuer Leitfaden: Was tun, wenn es dem See schlecht geht?

Das Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB) hat einen frei verfügbaren Leitfaden veröffentlicht, der Interessierten und Betroffenen schnelle erste Orientierungshilfe bieten soll, wenn Seen aus dem Gleichgewicht geraten. Dann stellen sich für Kommunen, Verbände oder Bürgerinnen und Bürger viele Fragen: Was ist passiert und handelt es sich tatsächlich um ein ernsthaftes Problem mit Handlungsbedarf? Wenn ja, wie kann man es richtig angehen und gute Entscheidungen treffen? Wer ist zuständig, wer hat die notwendigen Kompetenzen? Und woher kommen die notwendigen finanziellen Mittel?

Bei öffentlichen Gewässern sind eine oder mehrere Behörden für die Regelung von Schutz und Nutzung zuständig. Wasser- und Naturschutzbehörde können zum Beispiel getrennt organisiert sein. Diese Regelungen und Zuständigkeiten können je nach Bundesland oder auch in den unterschiedlichen Kommunen abweichen. Bei kleineren Gewässern ist häufig die Gemeinde zuständig, für größere Gewässer auch das Bundesland. Für das konkrete Handeln vor Ort sollte im ersten Schritt immer eine zuständige Behörde kontaktiert werden – im Idealfall schon die konkreten Ansprechpersonen in der spezifischen Fachabteilung.

<https://doi.org/10.4126/FRL01-006528719>

KW

Niedersachsen: Neues Wassergesetz verabschiedet

Der Niedersächsische Landtag hat am 23. Juni 2026 eine umfassende Modernisierung des Niedersächsischen Wassergesetzes beschlossen. Damit reagiert Niedersachsen auf die Anforderungen durch den Klimawandel und seine Folgen, priorisiert den Hochwasserschutz und ermöglicht die Vereinfachung und Beschleunigung von Zulassungsverfahren, insbesondere bei der Renaturierung von Gewässern.

Das Gesetz dient zum einen der Beschleunigung wasserrechtlicher Verfahren vor allem beim Hochwasser- und Gewässerschutz und ermöglicht zum anderen den Kommunen mehr Reaktionsmöglichkeiten auf die Klimakrise und dadurch eintretende Wasserknappheit. Unter bestimmten Voraussetzungen entfallen Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahren für Ausbaumaßnahmen, die der Verbesserung des ökologischen Zustandes von Gewässern oder der Wiedervernässung von Mooren oder Feuchtgebieten dienen. Außerdem werden der Transformation und dem Klimaschutz dienende Gewässerausbauten in Häfen (wie Anleger für grüne Gase oder für die Produktion von Wasserstoff, Batterien oder Elektromobilität) wesentlich erleichtert.

Die Kommunen bekommen bessere Möglichkeiten, Wasserentnahmen zu steuern und zum Beispiel Zusammenschlüsse von Landwirtinnen und Landwirten in Beregnungsverbänden zu stärken. Die Nutzung, die Errichtung und der Betrieb sowie die Modernisierung von fischdurchlässiger Wasserkraft, Floating-Solarenergie in oder über einem oberirdischen Gewässer und Wärmepumpen, die das Wasser eines ober-

irdischen Gewässers zur Energiegewinnung kühlen, werden erleichtert. Auch wird ein Klimafaktor in die Entnahmegenehmigungen eingebaut, sodass übermäßige Nutzungen von Grundwasserreserven in Zeiten von Wasserknappheit stärker eingeschränkt werden können.

Angehängt an das Gesetz ist auch eine Anregung aus dem Niedersächsischen Weg. Dabei geht es zum einen um Erleichterungen für Landwirtinnen und Landwirte, die etwa in Trinkwasserschutzgebieten an freiwilligen Maßnahmen teilnehmen.

KW

Startschuss für Ausbau der Moorforschung in Greifswald

Einen Förderbescheid zum Ausbau der Greifswalder Moorforschung haben Bundesumweltminister Carsten Schneider und Ministerpräsidentin Manuela Schwesig in Berlin bei einer Auswärtigen Kabinettsitzung der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern übergeben. Seit Juli 2026 fördert das Bundesumweltministerium ein Forschungsvorhaben Moor mit insgesamt rund 14 Millionen Euro. Dabei sollen dringende Forschungsfragen zu Mooren mit hoher Praxisrelevanz gelöst und die Moorforschung gestärkt und weiterentwickelt werden. Dafür sollen unter anderem international einzigartige Datenbanken und Forschungsinfrastruktur zu Mooren ausgebaut werden. Im Fokus werden Forschung zu Biodiversität, Wasserhaushalt und nachhaltiger Nutzung von Mooren und die Bereitstellung von praxisrelevantem Wissen stehen. Die Expertise fließt ein in die Erarbeitung von konkreten Anwendungsfällen und in die Entwicklung von Wertschöpfungsketten für Produkte aus der nassen Moorbewirtschaftung. Die Moorforschung in Greifswald hat eine über 200 Jahre lange Tradition. Die bundesweit einzige Professur für Moorforschung ist an der Universität Greifswald verortet. Rund 100 Personen von drei Fakultäten forschen dort gegenwärtig zu Mooren.

www.bundesumweltministerium.de/

WS6900

www.greifswaldmoor.de

www.moorwissen.de

KW

Bundesregierung zur Wiedervernässung von Mooren

Bis 2030 strebt die Bundesregierung die Wiedervernässung von rund 90 000 Hektar Moorboden an. In einer Antwort der Bun-

desregierung (*Bundestags-Drucksache 21/6708*) auf eine Kleine Anfrage heißt es, dieses Ziel berücksichtige die „aktuelle Situation bei der erforderlichen Transformation der bislang entwässerungsbasierten Bewirtschaftung und Nutzung von Moorbodenflächen“. Ein verbindlicher Zeitpunkt für die Wiedervernässung der über das 90 000-Hektar-Ziel hinausgehenden 160 000 Hektar ist derzeit nicht festgelegt. Die Vermeidungskosten der Wiedervernässung von landwirtschaftlich genutzten Moorböden beziffert die Bundesregierung in der Antwort mit „mehrheitlich unter 55 Euro pro Tausend CO₂-Äquivalenten“. Dabei verweist sie auf eine von Christoph Buschmann und anderen aus dem Jahr 2025. Für die Wiedervernässung von land- und forstwirtschaftlich genutzten Moorböden und die Unterstützung der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung wiedervernässter Moorbodenflächen (Förderrichtlinie PalU) stellt die Bundesregierung der Antwort zufolge für die Jahre 2026 bis 2029 rund 1,75 Milliarden Euro aus dem Klima- und Transformationsfonds bereit. Nach 2030 sollen entsprechend dem Klimaschutzprogramm 2026 weitere neue Vorhaben angestoßen werden.

<https://dserver.bundestag.de/btd/21/067/2106708.pdf>

KW

Schleswig-Holstein: Verordnung zum Grundwasserschutz vor PFAS in Vorbereitung

Die Verwendung PFAS-haltiger Pflanzenschutzmittel in Wasserschutzgebieten in Schleswig-Holstein soll entscheidend eingeschränkt werden. Denn in dem Bundesland wird das Trinkwasser ausschließlich aus Grundwasser gewonnen. Zu dessen Schutz wird nun eine Verordnung erarbeitet, für die am 15. Juni 2026 die Anhörung der Verbände gestartet wurde. Für 19 PFAS-haltige Wirkstoffe, für die Alternativen verfügbar sind, ist ein sofortiges Verbot der Anwendung in Wasserschutzgebieten vorgesehen. Für weitere acht Wirkstoffe soll eine Übergangsfrist bis 2035 gelten, bei weiteren drei Stoffen ist diese kulturartsspezifisch vorgesehen. Weiter hat das Umweltministerium mit einem neu aufgelegten PFAS-Sonderprogramm in den nächsten fünf Jahren insgesamt 3,5 Millionen Euro für das Monitoring von PFAS in Boden und Grundwasser sowie für die Unterstützung der Kommunen bei der Erkundung und Sanierung von PFAS-belasteten Standorten im Haushalt eingeplant.

KW

Vorteile einer DWA-Mitgliedschaft

Weitere
Informationen zu
einer Mitgliedschaft
finden Sie unter

[www.dwa.de/
mitgliedschaft](http://www.dwa.de/mitgliedschaft)

Kostenlos

- Eine der beiden monatlich erscheinenden Verbandszeitschriften
 - **KA Korrespondenz Abwasser, Abfall** inkl. der Beilage **Betriebs-Info** (4 x jährlich)
 - oder
 - **KW Korrespondenz Wasserwirtschaft** inkl. der Online-Version der **Gewässer-Info** als Printversion, Online unter www.dwa.de/direkt und mobil als App. Zusätzliche Exemplare oder die zweite Verbandszeitschrift gibt es zu günstigen Konditionen.

- **DWA-Branchenführer Wasserwirtschaft, Abwasser, Abfall**

- **Mitgliederbereich im Internet**
 - **KA** oder **KW** online lesen
 - **KA** oder **KW** mit der App DWApapers and more (iOS und Android) lesen
 - Literaturdatenbank
 - Fachwörterbücher in vielen Sprachen
 - Mitgliederverzeichnis
 - Arbeitsberichte und Fachinformationen

- **DWA-Jahrbuch** (auf Anforderung)

Ermäßigt

- **Fort- und Weiterbildungsangebote**
Als Mitglied der DWA und der European Water Association (EWA), des BWK und der Partnerverbände in der Schweiz (VSA, SVW) und Österreich (ÖWAV)

Zusätzlich für fördernde Mitglieder

Kostenlos

- Option, das Logo "**Mitglied in der DWA**" im Firmen-Briefbogen zu nutzen (www.dwa.de/direkt)

Ermäßigt

- 20 % Ermäßigung beim Erwerb des **DWA-Regelwerks** und vieler weiterer **DWA-Publikationen**
- **Fort- und Weiterbildungsangebote** für alle Mitarbeiter
- Ermäßigungen für Aussteller bei vielen **DWA-Tagungen** und ausgesuchten Messen
- Teilnahme an den **DWA-Erfahrungsaustauschen** für Kommunen oder Ingenieurbüros
- 50 % Ermäßigung auf den **Mitgliedsbeitrag** für Anmeldungen von Niederlassungen, wenn der Hauptsitz bereits Mitglied ist
- Günstige Konditionen für eine **Umwelt-Strafrechtsschutzversicherung** für Kommunen, Kreisverwaltungen und Abwasserzweckverbände

